

Vor allem in einem Punkt herrschte beim runden Tisch Einigkeit: man werde gemeinsam alles unternehmen, damit für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die aufgrund des Abzugs der amerikanischen Streitkräfte um ihren Arbeitsplatz bangen müssen, möglichst langfristige Lösungsmöglichkeiten gefunden werden können.

Auf Einladung von Oberbürgermeisterin Dr. Beckmann und Oberbürgermeister Bernd Moser (Stadt Kitzingen) und auf Initiative der örtlichen Betriebsvertretungen trafen sich am 10.1.2006 hochrangige Vertreter der amerikanischen Streitkräfte, der Bayerischen Staatskanzlei, des Bayer. Arbeitsministeriums, des Bayer. Wirtschaftsministeriums, der Regierung von Unterfranken, der Agentur für Arbeit, des Marktes Giebelstadt, des Landkreises Würzburg und des Landkreises Kitzingen, um mit Vertretern der Gewerkschaften und Betriebsvertretungen der einzelnen Standorte über die Folgen und über Lösungsmöglichkeiten für die Arbeitnehmer nach dem Abzug der amerikanischen Streitkräfte zu beraten.

Hintergrund für diesen runden Tisch sind die Abzugspläne der US-Streitkräfte in der gesamten Region. Würzburg, Kitzingen und Giebelstadt werden hiervon unmittelbar und zeitnah betroffen sein. Daher diene diese Runde zum einen dem Informationsaustausch. Zum anderen sei es Aufgabe der Kommunen, frühzeitige Weichenstellungen im Bereich der Konversion vorzunehmen, um mit den verantwortlichen Partnern den betroffenen Beschäftigten weitreichende Hilfestellung zukommen zu lassen und die frei werdenden Flächen so früh wie möglich städtebaulich sinnvoll entwickeln zu können. Dies könne aber nur geschehen, wenn auch der Bund mitzieht. An diesem Punkt sieht die Würzburger Oberbürgermeisterin Beckmann Nachholbedarf. Der Bund habe, so wurde ihr mitgeteilt, die Verantwortung für die Konversion an die Länder übertragen. Sie beabsichtigt, die Unterstützung vom Bund einzufordern: „Nur wenn Bund, Land und Region gemeinsam ein Konzept entwickeln und vertreten, können die Auswirkungen für alle Beteiligten so verträglich wie möglich gestaltet werden.“ Dieser Haltung schloss sich die Runde an.

Jeannie Davis, Personaldirektorin beim Hauptquartier der amerikanischen Armee in Heidelberg und damit auch zuständig für alle Zivilbeschäftigten bei der amerikanischen Armee in Deutschland, betonte, dass sie sich persönlich dafür einsetzen werde, dass möglichst viele Arbeitnehmer andernorts eingesetzt werden können, um Kündigungen zu vermeiden. „Es ist auch für sie schmerzhaft, langjährige Mitarbeiter in die Kälte zu senden“, so Davis. Auch erwähnte sie die Möglichkeit von erweiterten Auflösungsverträgen. Nach ihren Angaben sind für die Bereiche Würzburg, Kitzingen und Giebelstadt 670 Arbeitnehmer von den aktuellen Schließungsplänen betroffen. Norbert Flach, ver.di Landesbezirk Bayern, appellierte an die Vertreter von Wirtschaft und Politik um Unterstützung bei der Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten.

Um Arbeitnehmern, die von einer Kündigung betroffen sind, so früh wie möglich die erforderliche Unterstützung gewähren zu können, rät der Würzburger Chef der Agentur für Arbeit, Eugen Hain, dringend zu einer frühzeitigen Kontaktaufnahme mit seiner Agentur (da sonst negative Maßnahmen der AA zum Tragen kommen). Je eher die persönlichen Daten vorliegen, um so gezielter können mögliche Lösungsansätze für die berufliche Zukunft der Zivilbeschäftigten eruiert werden.

Bei der Regierung von Unterfranken ist bereits Ende 2004 nach Bekannt werden der Abzugspläne die Arbeitsgruppe "Konversion" unter der Leitung von Vizepräsident Dr. Andreas Metschke eingerichtet worden. Diese Arbeitsgruppe behandelt sämtliche Fragen rund um die Konversion. Darüber hinaus unterstützt die Regierung die zuständigen Kommunen bei der Erstellung und Umsetzung von Konzepten z.B. im Bereich der Städtebauförderung mit dem Programm "Stadtumbau West" des Freistaates Bayern.

Alle Teilnehmer betonten den Willen nach einer weiteren Zusammenarbeit und setzten zur Klärung detaillierter Fragen einen Arbeitskreis ein, der aus jeweils einem Vertreter von amerikanischer Arbeitgeberseite, den Betriebsvertretungen, der Gewerkschaft ver.di, der Kommunen, der Agentur für Arbeit, des Bayerischen Arbeitsministeriums sowie der Regierung von Unterfranken besteht. Dieser soll konkrete Lösungsansätze und -modelle für die betroffenen Beschäftigten in der Region erarbeiten. Dabei soll als unterstützende Maßnahme auch die Einrichtung einer Transfergesellschaft bzw. Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft geprüft werden. Diese Ergebnisse werden Gegenstand der Erörterungen eines weiteren runden Tisches sein.